



Merkels Land

Vor einem Jahr hat die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ein Kriterium für die Güte ihrer Nation in Umlauf gebracht: Der Gesichtspunkt, unter dem sich das Land, das sie regiert, auch im moralischen Sinne als „ihr Land“ bewähre, nämlich in jeder Hinsicht einwandfrei sei, sei der Umgang mit Flüchtlingsmassen.

Im Positiven wie im Negativen hat sich die Nation dieses Kriterium seitdem zu eigen gemacht: Alle Befürworter der Republik sind stolz auf die neue Weltoffenheit des Landes und goutieren die Bemühungen darum, die willkommen geheißenen Flüchtlinge zu verstauen: „Wir schaffen das!“ Alle Kritik an Merkels Linie dreht sich um die Frage, ob dieses Projekt nicht unsere Arbeits- und Wohnungsmärkte überstrapaziere, die Integrationskraft von Land und Bevölkerung überfordere oder gar der Punkt

sei, an dem sich der Verrat am Volk durch die „Gutmenschen“ in Politik und Öffentlichkeit offenbare. In einem sind sich alle einig: Ausgerechnet an der peripheren Frage der Verdauung des Flüchtlingsstroms soll sich entscheiden, was von dieser Republik zu halten sei. Das soll das Charakteristische an diesem Land sein?

Die Meinung der Herrschenden ist zwar die herrschende Meinung, deswegen aber – obwohl Demokratie herrscht – noch lange nicht wahr; ihr Beurteilungskriterium ist im Gegenteil an Unsachlichkeit nicht zu überbieten. Es empfiehlt sich ein nüchterner Blick auf die deutsche Klassengesellschaft, die die Kanzlerin als „ihr Land“ schätzt und die ihr Volk als Heimat so gut findet, dass die eine Hälfte den Flüchtlingen wünscht und die andere ihnen nicht gönnt, in sie integriert zu werden.

Der deutsche Kapitalismus

Der Umstand, dass das Arbeitsleben im reichsten Land Europas reich an Härten ist, dass nämlich das verdiente Geld mit allerhand Unannehmlichkeiten, „Stress“ und Überstunden erkaufte zu werden hat, die den Anforderungen des Arbeitgebers geschuldet sind, bleibt niemandem verborgen – erst recht nicht denen, die das am eigenen Leib erfahren und die Anforderungen von ihren Vorgesetzten vorbuchstabiert kriegen. Auch die Notwendigkeit, auf die diese Härten zurückgehen, ist keinem ein Geheimnis: Notwendig ist rentable Arbeit für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt, von dessen Erfolg die Nation und ihre Insassen nun mal abhängen und für den deswegen Anstrengungen erbracht werden müssen. Auch von den Herausforderungen und Leistungen, Rückschlägen und Erfolgsmeldungen der Nation im Verhältnis nach innen und außen wird den deutschen Bürgern nichts vorenthalten. Sie werden ausgiebig davon in Kenntnis gesetzt, dass die politischen Macher mit der Performance ihrer Nation und mit sich als deren Gestalter derzeit sehr zufrieden sind: Sie bilanzieren ein Wirtschaftswachstum, während weltweit Krise ist, einen ausgeglichenen Haushalt, während anderswo der Staatsbankrott droht, usw.

Daran ist bemerkenswert, dass bei allem Erfolg der Nation die Härten des Alltagslebens ihrer arbeitenden Mitglieder überhaupt nicht abnehmen und die Sorgen beim Zurechtkommen keineswegs gegenstandslos werden. Politiker warnen nicht nur im Ausland gar, angesichts des Erfolgs dürften die, die sich für ihn ins Zeug legen, nicht leichtfertig die Grundlagen des zukünftigen Erfolgs aufs Spiel setzen, indem sie seine Früchte genießen. Umgekehrt wachsen mit den Erfolgen die Erfolgsmaßstäbe, die die Politiker ihrer Nation setzen, und damit die Ansprüche an diejenigen, die ihn zu erarbeiten haben.

Welche das sind, ist ja kein Geheimnis:

Eine wettbewerbsfähige Industrie

Ganz grundlegend gilt der Stolz auf die Ökonomie des Landes der Tatsache, dass die ganze Welt mit qualitativ hochwertigen Waren aus Deutschland beliefert wird. Was immer die Kunden an denen jeweils begeistern mag – in den Augen der verantwortlichen Politiker zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie alle dasselbe sind: Verkaufsschlager made in Germany, die konkurrierende Anbieter vergleichbarer Gebrauchsartikel erfreulich alt aussehen lassen; ganz selbstverständlich hat die Qualität deutscher Produkte ihr Maß in *eroberten Weltmarktanteilen*.

Dass die Produkte sich so gut verkaufen,

liegt bekanntlich an der *wettbewerbsfähigen Industrie*, die sie hervorbringt. Dieses Attribut gilt den Liebhabern des Industriestandorts als dessen wichtigstes Qualitätsmerkmal: Die nationalen Anstrengungen zur Hervorbringung des gegenständlichen Reichtums, von dem die Menschheit materiell lebt, haben die Potenz zum erfolgreichen Bestehen eines Konkurrenzkampfs mit ihresgleichen. Erfolgreiche auswärtige Produktionsanstrengungen derselben Art, die ihren Teil zur Versorgung der Menschheit mit nützlichen Gütern leisten, werden da grundsätzlich gar nicht anders in Betracht gezogen denn als *gegerische*, die durch ein im Preis-Leistungs-Vergleich überlegenes Warenangebot auf „den Märkten“ gewinnbringend zu schlagen, d.h. ex post ihrer ökonomischen Sinnlosigkeit zu überführen sind.

Dabei lobt sich Deutschland dafür, seine erstklassige „Wettbewerbsfähigkeit“ gerade im Gegensatz zu gewissen fernöstlichen Konkurrenten um den Titel des *Exportweltmeisters* nicht vorrangig auf dem Wege des Dumpings und miserabler Arbeitsbedingungen – offenbar auch ein verführerisch naheliegendes Konkurrenzmittel – zu erzielen, sondern seinen „Vorsprung durch Technik“ erwirtschaftet zu haben. Wie das geht, mit technisch immer aufwändigeren, immer teureren hochautomatisierten Produktionsstätten Produkte hervorbringen zu lassen, die so preisgünstig sind, dass sie gewinnbringend auf Kosten vergleichbarer Produkte Weltmarktanteile erobern, ist nicht nur kein Geheimnis, sondern der ganze Stolz der Standortverwalter: Dank überlegener Technik wirtschaftet die deutsche Industrie mit weltrekordmäßig niedrigen *Lohn-Stückkosten*. Aufs Stück gerechnet den Anteil am erarbeiteten geldwerten Reichtum, der in den Händen der Belegschaft landet, auf immer neue Minima zu senken, ist offenkundig *der geschätzte Sinn und Zweck* des technischen Fortschritts. Der Berufsstand, dem nichts zu schwören ist, schafft es permanent, den *progressiven Ausschluss der Arbeiterschaft vom geschaffenen Reichtum* in immer mehr Branchen auf Niveaus zu treiben, auf denen die meisten Nationen der Welt – wenn sie die Produktion entsprechender Waren überhaupt hinkriegen – trotz größter Anstrengung in Sachen Lohndrückerei und miesester Beschäftigungsbedingungen einfach nicht mithalten können.

Das Herzstück der deutschen *Technologieführerschaft* bildet die Abteilung Maschinenbau und Fertigungstechnik mit ihren zahlreichen mittelständischen „hidden champions“, die zum Stolz der Standortverwalter in ihrem jeweiligen Segment Weltmarktführer sind. Die Tatsache, dass sie dauerhaft einen verlässlichen Beitrag zum Exporterfolg leisten, zeigt, wie gut sie sich auf alles Mögliche verstehen, was industrielle Kunden weltweit an Gerätschaften benötigen, um ihre Leistungsangebote auf das stets

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Einkommen in der Klassengesellschaft

Wer verdient warum wieviel?

Frankfurt, Studierendenhaus, Campus Bockenheimer

Raum K2, Jügelstraße 1

Donnerstag, 24. November 2016, 19 Uhr

Wer Antworten haben will auf Fragen wie...

- Ist es ein Skandal, dass mancher Konzernmanager zwischen 100- und 200-mal mehr verdient als die tariflich bezahlten Facharbeiter, die er kommandiert? Oder geht das in Ordnung, weil vom Geschick der Betriebsführer schließlich Job und Existenz von Zehn- oder gar Hunderttausenden abhängen?
- Ist es gerechtfertigt, dass ein Zahnarzt ein x-faches mehr verdient als seine Angestellten, weil er ja schließlich jahrelang studiert hat und außerdem das finanzielle Risiko trägt? Oder ist das nicht zu rechtfertigen, weil das bisschen Handwerk von den Zahnarztthelferinnen genauso gut zu erledigen wäre?
- Ist es gerecht, dass manche Immobilienbesitzer pur mit ihrem Grundstück stattlich Geld verdienen, während manche Bauern, die ihren Grund und Boden beackern, immer gerade so oder noch nicht einmal über die Runden kommen? Oder ist es ungerecht, dass die Landwirte Jahr für Jahr milliardenschwere Beihilfen aus Steuergeldern abgreifen?

...der wird sich auf unserer Veranstaltung schlecht bedient finden. Wir können nämlich die Debatten über die (Un-)Gerechtig-

keit von Einkommen und ihren Unterschieden nicht ausstehen. Denn die Rechts- oder Unrechtsurteile, die da gefällt werden, sind erstens praktisch belanglos. Zweitens sind sie theoretisch beliebig: Gegen jede Beschwerde über Ungerechtigkeiten beim Einkommen gibt es garantiert eine passende Verteidigung, die genauso logisch oder unlogisch ist. Und drittens wird bei solchen Debatten die einzige Frage nie gestellt, die wirklich fällig wäre: Warum passen Beruf und Einkommen für so viele Leute so schlecht zu den Notwendigkeiten und Freiheiten, die das Einkommen, erworben durch Lebenszeit und -kraft, doch bezahlen muss und soll?

Können wir eine Alternative bieten? Ja!

Erstens die abschließende Kritik des Vorurteils, letztlich müsse doch irgendwie zu haben und zu finden sein, was keine praktische Erfahrung jemals bestätigt oder belegt hat: eine echte, logisch und moralisch nachvollziehbare Entsprechung von individueller Tätigkeit und Bezahlung. Und zweitens ein paar systematische Hinweise darauf, für welche Dienste woran die Figuren in der Marktwirtschaft – vom Minilöhner bis zum Manager – ihre Kohle tatsächlich kriegen.

Eintritt frei!

neueste Niveau von „Konkurrenzfähigkeit“ bringen zu können: Hochtechnologie made in Germany hilft ihren Anwendern die Relation von Umsatzentwicklung und Kosten, die für den Lebensunterhalt ihrer Arbeitskräfte bezahlt werden müssen, ständig zu verbessern, befähigt sie zur Gefährdung von Arbeitsplätzen bei ihren unterlegenen Konkurrenten – und verhilft den deutschen Produzenten von führender Produktionstechnologie zu einer gewinnträchtigen Schlüsselrolle auf den Weltmärkten, weil sie ihnen in Premiumqualität die heißbegehrten *Mittel zur Überflüssigmachung von Arbeit* – sprich: von deren Bezahlung – liefern.

Deutsche Arbeitsplätze

Neben viel Anerkennung für ihren Erfolg bei der relativen Emanzipation des Geschäftserfolgs von zu bezahlender Arbeit erhalten die Unternehmen der deutschen, insbesondere der mittelständischen Industrie Lob dafür, auch in Krisenzeiten absolut die *Zahl ihrer Arbeitsplätze erhalten und sogar neue geschaffen* zu haben. Gut ist also, dass der arbeitssparende Fortschritt der arbeitenden Bevölkerung hierzulande von der Last der Arbeit überhaupt nichts erspart. Das ist deshalb positiv, weil an den Lebensunterhalt derjenigen gedacht wird, die einen solchen nur beziehen, solange sie aus ihrem Dienstverhältnis am Unternehmenserfolg nicht entlassen werden; was Liebhabern der Marktwirtschaft beweist, wie verantwortungsbewusst sich die „Arbeitgeber“ um die menschlichen Anhängsel ihres Erfolgs kümmern, wenn sie sie für diesen in Dienst nehmen. Zweitens aber loben die Politiker den vergleichsweise konstant hohen Anteil gerade der *industriell* Beschäftigten als

Indiz für die ausgezeichnete Qualität des Wirtschaftsstandorts; sie entnehmen ihm, worauf es ihnen ankommt: dass nämlich das nationale Wachstum in der Industrie, die andere Länder so schon gar nicht mehr haben, eine zuverlässige Gewinnquelle und damit eine sichere Stütze hat. Das Allgemeinwohl, um das sie sich von Berufs wegen sorgen, sehen sie von den Unternehmern ihres Produktionsstandorts bestens bewirtschaftet, wenn die die Weltmärkte derart für sich zum Mittel zu machen verstehen, dass sie alle Rationalisierungswellen führend mitgestalten und dabei einen so durchschlagenden Erfolg haben, dass sie trotz des gewachsenen Produktivitätsniveaus mindestens genauso viel arbeitendes Volk wie zuvor profitbringend für sich verwenden.

Dabei kann nicht oft genug unterstrichen werden, dass es *qualifizierte Arbeitsplätze* sind, die da erhalten werden. Die Tatsache, dass die Arbeitsplätze gewisse Kenntnisse und Fertigkeiten verlangen, gilt deswegen als ihr besonderes Qualitätsmerkmal, weil bekanntlich für eine Arbeit, die jeder erledigen kann – der technische Fortschritt bringt ja auch in dieser Hinsicht einiges an Aufwandsersparnis für die Bewerksstellung des unmittelbaren Produktionsprozesses –, jeder Grund für eine auskömmliche Bezahlung und einigermaßen aushaltbare Arbeitsbedingungen entfällt. Allerdings ist die „Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze“ nicht damit zu verwechseln, dass die einfach so erhalten würden, wie sie sind – es sei denn, man macht das Spaßchen mit, dass die Konstante der modernen Arbeitsplätze schon seit Langem die Anforderung von „Flexibilität“ ist, also die Tatsache, dass von dem Bündel an Anforderun-

gen, das dort zu erledigen ist, nie etwas beim Alten bleibt. Wenn vor allem „Bildung“ als die wichtigste Qualifikation für besser bezahlte Arbeitsplätze, die bekanntlich alles andere als eine sichere Bank sind, genannt wird, wird auch deutlich, dass der lohnabhängige Mensch in seinen Bemühungen um den Erhalt seiner Chancen auf Weiter- und Neubeschäftigung kein Mittel in der Hand hat, um „sich“ seine Einkommensquelle zu erhalten: Mit einer konkreten Eigenschaft, die sich einmal erwerben und dann zum Einsatz bringen ließe, hat diese Anforderung wenig zu tun; kontinuierliche „Weiterbildung“, „lebenslanges Lernen“ ist erforderlich, weil jedes erforderte Beschäftigungswissen ebenso vergänglich ist wie der technische Fortschritt rasant, mit dem man mithalten können muss, um sich seine ‚employability‘ nicht zu verspielen. Soziologen meinen deshalb entdeckt zu haben, dass der technische Fortschritt die Gesellschaft zu einer „Wissensgesellschaft“ entwickle – als hätte die Technik die Macht im Land und nicht diejenigen, die sie dem Personal an ihre Arbeitsplätze stellen. Was sie so zu einer absoluten Notwendigkeit stilisieren, ist der Zwang zur permanenten Anpassung an die stets wechselnden Betriebserfordernisse, um sich die Chance zu erhalten, als Manövriermasse des Kapitals zu funktionieren.

Der medizinische und psychologische Sachverstand drückt dieselbe Qualität der modernen Arbeitsplätze lieber an der mentalen Schwierigkeit aus, den permanent wechselnden Anforderungen nicht nur nachzukommen, sondern sich erfolgreich an sie anzupassen, mit der eigenen Qualifikation und ihrer Präsentation zu konkurrieren und das alles mit einigem Zusatzaufwand zum Mittel und Inhalt eines selbstbestimmten Lebens umzudeuten: Die Deutschen werden vom „Stress“ heimgesucht, mit dem sie mehr oder weniger schlecht klar kommen – und kein Boulevardblatt verzichtet auf regelmäßige Tipps und Tricks, wie diese unvermeidliche Alltags Sorge am besten zu „bewältigen“ sei.

zu Leiharbeit und Werkverträgen usw. Deutsche Firmen finden die für die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbaren Gelegenheiten zur direkten Lohnrückerei und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, durch die die Arbeit im gleichen Maß ertragreicher wird wie für die Beschäftigten unerträglich, längst nicht nur im Ausland – wo sie diese natürlich auch reichlich nutzen –, sondern schöpfen kreativ alle ihnen gebotenen rechtlichen Möglichkeiten aus, um auch diese Sorte „Beschäftigung in Deutschland zu halten“.

Dennoch ist die Inanspruchnahme der meisten in diesem privilegierten Bereich Beschäftigten zu ihrem Segen *tarifvertraglich geregelt* – auch zur Zufriedenheit der Arbeitgeber. Mit einem Grundgehalt wird die Anzahl durchschnittlich zu leistender Arbeitsstunden entgolten. Die wirkliche Arbeitszeit kann deutlich nach oben abweichen und begründet damit formelle Ansprüche, die sauber auf einem Arbeitszeitkonto notiert werden. „Eingelöst“ werden können sie natürlich nicht gegen, sondern allein nach Maßgabe der Betriebsnotwendigkeiten, nämlich dann, wenn eine reduzierte Auftragslage weniger Arbeit verlangt. Damit das nötige Geld nicht fehlt, wenn in Phasen verordneter Unterbeschäftigung endlich mal Zeit ist, die Überstrapazierung des Körpers in den Spitzenzeiten „auszugleichen“ – auch wenn sich bei den Arbeitern überdurchschnittlicher Verschleiß nicht mit verordnetem Müßiggang „kompensiert“, tut es das auf dem Arbeitszeitkonto –, zahlen die Unternehmen praktischerweise gleich ein festes Gehalt und behalten sich selbst vor, wie sie sich das dadurch gesicherte Recht auf Inanspruchnahme der Lebenszeit ihrer Beschäftigten einteilen. Sie haben sich bei der Erfindung des Arbeitszeitkontos schon etwas gedacht. Einen „leistungsabhängigen“ Lohnanteil gibt es darüber hinaus auch noch, mit dem das Eigeninteresse an der Ablieferung von „Leistung“, wie auch immer das Unternehmen diese definiert, belohnt wird. Wenn gleich fest-

Die Herausforderung der Digitalisierung

Bei allem Stolz auf das Erreichte warten Politiker neben dem Lob für die spitzmächtigen Rationalisierungserfolge auch mit Ermahnungen auf: Der Industriestandort Deutschland dürfe sich nicht auf seinen Erfolgen ausruhen und die Herausforderung der Zukunft verschlafen, die sie ehrfürchtig „Digitalisierung“ nennen, als wäre sie ein übermächtiges anonymes Subjekt, dem „man“ nicht entkommt. Gemeint sind die großartigen Perspektiven, die die Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnet und die so gewinnversprechend sind, dass sie todsicher geschäftlich wahrgenommen, also wahr gemacht werden. Dazu gehören nicht nur interessante neue Konsumgüter, sondern entscheidende Mittel zur Optimierung der Produktion: In und zwischen den „smart factories“ der Zukunft soll eine standardisierte Maschine-Maschine-Kommunikation die flächendeckende Automatisierung der betriebsübergreifenden Koordination und Kooperation der Produktionsprozesse ermöglichen. Deren Kontrolle und Steuerung lässt sich zunehmend Programmen übertragen; durch deren Entwicklung und mithilfe der automatisierten Auswertung der gespeicherten Datenflut aus Sensoren und Aktoren lassen sich stets neue Potenziale zur Optimierung des vernetzten Produktionsablaufs gewinnen; und am Ende wird mithilfe der kontinuierlich erhobenen Daten der industrielle wie individuelle Kunde automatisch mit den Angeboten versorgt, die seiner Bedarfslage perfekt entsprechen.

Wofür diese wunderbare Entwicklung der Produktivkräfte gut ist, ist keine Frage: Sie erlaubt die Einsparung von bezahlter Arbeit an den verschiedensten Stellen, also ihren kommerziellen Anwendern gewinnträchtige Fortschritte beim Ausschluss ihrer Belegschaften vom produzierten Reichtum – reihenweise rechnen Studien vor, in welchem Umfang „die Digitalisierung“ Arbeitsplätze und ganze traditionelle Berufswege überflüssig zu machen beschlossen hat –, und stellt deswegen ihren Entwicklern einen weltweiten Markt in Aussicht, der den Spitzenreitern traumhafte Renditen verspricht.

Deutsche Politiker sehen diese Entwicklung als große Chance für die Behauptung und den Ausbau deutscher Technologieführerschaft, sodass sie sich gleich selbst zum Anführer der diesbezüglichen Revolution ausrufen und ihrem ganzen Industriestandort auch gegen skeptische Mittelständler ein digitalisiertes Durch-rationalisierungs-Update 4.0 verpassen wollen. Politisch protegert wird auch der Revolutions-export durch die Maschinenbauer, auf dass denen gelinge, mit einem Quantensprung in der Rationalisierungstechnik flächendeckend bestehende Produktionsmittel tendenziell kapitalistisch unbrauchbar zu machen, was ein schönes Geschäft und ein bedeutender Fortschritt in Sachen Dominanz der industriellen „Wertschöpfung“ zu werden verspricht. Die weltweite Verbreitung der vernetzungsfähigen Maschinen mit deutschen Kommunikationsstandards ließe nicht nur allerorten die Notwendigkeit wachsen, zum Kunden der deutschen Technologieführer zu werden, sondern verbaute in gleichem Maß Anbietern mit konkurrierenden Kommunikationsstandards Absatzchancen; idealerweise erlaubt der technische Vorsprung auf diesem Gebiet – und etwas anderes als der Vorsprung interessiert die kapitalistische Welt an arbeitssparender Technik sowieso nie – die Monopolisierung der Schlüsselstelle, von der die weltweiten Produktionsanstrengungen abhängen. Daher kann der Fortschritt gar nicht rasch genug gehen.

Die digitale Technik lässt sich zweitens kapitalistisch noch in ganz anderer Hinsicht revolutionär benutzen, nämlich im Bereich der Dienstleistungen: Die Shooting Stars unter den Global Players entwickeln ausgehend von den eroberten Besitzständen im Bereich der privaten Kommunikation (Facebook), der Navigation in virtueller und realer Welt (Google), als Zentrale des Handels (Amazon) usw. usf. Technologien für die Auswertung und geschäftliche Nutzbarmachung von gesammelten Datenmengen, zentralisieren damit „den Markt“ in ihren Händen und bewirtschaften ihn nach den Maßstäben, unter denen Bedürfnisse in

der Marktwirtschaft eben einzig interessieren. Die Bereiche von Marktforschung und Werbung sind bei weitem nicht das einzige Feld, auf dem sie traditionelle Geschäftsmodelle technologisch revolutionieren, ökonomisieren und effektivieren und sich so, auf Kosten etablierter Unternehmen und deren überkommener Geschäftsmodelle samt Arbeitsplätzen, für den Rest der Geschäftswelt interessant bis unentbehrlich machen; ihre Kompetenzen als führende Datenstaubsauger und -verarbeiter befähigen sie und ihresgleichen zum Vordringen in stets neue Sphären, sodass kein sachverständiger Bericht über die digitalisierte Ökonomie mehr ohne das Wort „Disruption“ auskommt. Für etablierte Industriekonzerne wird einerseits die Ausstattung ihrer Produkte mit internetbasierten Applikationen für die Marktfähigkeit unentbehrlich – selbst die Produkte führender Autofirmen werden zunehmend zu „Smartphones auf Rädern“. Andererseits wird die Nutzung der technischen Möglichkeiten für eine effektive Vernetzung mit ihren Kunden und mit ihren Geschäftspartnern zunehmend unwiderstehlich, wodurch allerdings auch die Kompetenz zur Gestaltung der Nachfrageseite auf ihrem Absatzmarkt – mit ihrer Modellpolitik, ihrer Werbung usw. – auf die neuen Organisatoren der Kundenwünsche übergeht. Sogar klassische Autohersteller haben die Notwendigkeit erkannt, sich zu „Mobilitätsdienstleistern“ weiterzuentwickeln, um nicht fremde Geschäftemacher definieren zu lassen, wie viele und welche von ihren traditionellen Produkten in einer „sharing economy“ noch nachgefragt werden.

Auch auf diesem Feld versprechen also die Vorsprünge in Sachen digitaler Vernetzung – namentlich auf dem Wege der Standardisierung von Kernbereichen wie Betriebssystemen etc. – Schlüsselemente zu monopolisieren, um die weltweiten Wertschöpfungsketten zu dominieren. Das ist in diesem Fall, weil der diesbezügliche Fortschritt in den USA entwickelt wird, eine grauenhafte Vorstellung für die Propagandisten des digitalen Updates für den deutschen Standort – und in ihrem Gefolge für alle europäischen Moralwächtern, Datenschützer, Kulturfexe usw., die die Amerikanisierung der Kommunikations-, Einkaufs- und Datenerhebungskultur mit äußerster Skepsis, die Degeneration der hiesigen Sitten und Persönlichkeiten betreffend, sehen. So undenkbar ist es für sie, dass die weltumspannende Kooperation einem anderen Zweck dienen könnte als dem, für den sie und ihresgleichen sie politisch vorantreiben, nämlich um die damit gestifteten Abhängigkeiten unbarmherzig zum einseitigen nationalen Vorteil auszunutzen. So droht dem deutschen Standort nicht nur ein großes Geschäftsfeld der Zukunft zu entgehen, was ja schon schlimm genug ist, sondern auch, dass sein bewährtes Mittel zur Dominanz der Weltmärkte ausgehebelt wird. Denn, so die Sorge, was ist weltrekordmäßig arbeitssparende Fertigungstechnik noch wert, wenn sie zum ausführenden Organ eines fremdbestimmten Wertschöpfungsprozesses wird?! Und zu was sind Spitzenprodukte noch nützlich, wenn die Welt durch ökonomischeren gemeinsamen Gebrauch ausreichend davon hat?! Die politischen Verwalter des Standorts fragen sich sogar, ob sie nicht perspektivisch ihre Handlungsfreiheit gegenüber der Macht verlieren, deren Firmen sie das Funktionieren ihres ganzen gesellschaftlichen Innenlebens verdanken. Was daraus folgen muss, ist sonnenklar: Um nicht in verhängnisvolle Abhängigkeiten verstrickt zu werden – positiv ausgedrückt: um seinerseits fremde Standorte und Souveränitäten in derart vielversprechende Abhängigkeiten verstricken zu können –, braucht es eine erfolgreiche nationale Konkurrenzoffensive zur Eroberung „digitaler Souveränität“: Alle überseeischen Standards für die „Schnittstellen“, an denen Unternehmen und individuelle Konsumenten unter- und miteinander „vernetzt“ werden, müssen politisch „offen und frei zugänglich“ für das Eindringen europäischer Konkurrenten gehalten, die Marktmacht der digitalen Vorreiterkonzerne politisch eingeehrt werden, und schnellstmöglich ist mit „Wagnis-Kapital“ und einer eigenen „Start-Up-Kultur“ die Aufholjagd in Angriff zu nehmen.

Diese Offensive schließt ein Update für die Welt der Arbeit ein.

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

farbeROT lädt zur Diskussion mit Redakteuren der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ein

Für alle, die offen gebliebene Fragen aus unseren Veranstaltungen diskutieren wollen, und für Leute, denen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Argumente zu den Vorzügen und Sachzwängen unserer Wirtschaftsweise sowie zur deutschen Innen- und Weltpolitik nicht (mehr) einleuchten, bieten wir diesen Diskussionsstermin an.

Ort: Studierendehaus Campus Bockenheim
Jügelstraße 1, Frankfurt

Raum: K1, K2, K3 (erster Stock) oder K4 (zweiter Stock)

Zeit: jeweils Donnerstag, 19 Uhr

Termine: Termine, Themen und Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht

Veranstalter: farbeROT

Informationen zu weiteren Städten auf
www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

Ebenso permanenten Revolutionen unterworfen wie die Qualifikation, die der Arbeitsplatz verlangt, ist die Antwort auf die Frage, welchen Lebensunterhalt die Abarbeitung eines gegebenen Bündels von Anforderungen abwirft. Denn das deutsche Kapital setzt noch auf anderen Ebenen als dem permanenten technischen Fortschritt – der Lohneinsparung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität mit technischen Mitteln – seine enorme Innovationskraft ein, um international „wettbewerbsfähig zu bleiben“. Dieselben Arbeitsplätze in eine andere Firma zu verlagern und so aus dem Haustarifvertrag „outsource“ bringt eine Senkung der Lohn-Stückkosten ganz ohne technischen Zusatzaufwand. Und neben den Anstrengungen, aus der bezahlten Arbeit mehr herauszuholen, ist die bleibende Leitlinie, für die benötigte Arbeit schlicht weniger zu bezahlen. Dazu hat das Kapital eine ganze Reihe von Winkelzügen entwickelt, von Tarifwechseln und betrieblichen Sondervereinbarungen bis

gelegt wird, dass von einer definierten betrieblichen Gesamtlohnsumme die einen so viel weniger kriegen, wie die anderen mehr, steigt allgemein die Disziplin und verringern sich die Krankheitstage in der ganzen Belegschaft ganz ohne Zusatzkosten wie von allein. Mit Abzügen von diesem Lohnanteil bei Qualitätseinbußen, Verzögerungen und anderweitigem Verfehlen definierter „Zielvereinbarungen“ – verniedlichend „Prämienlohn“ genannt – macht ein Unternehmen seine Arbeiter automatisch dafür haftbar, dass seine Rechnungen keine Schädigung erleiden. In all diesen Lohnformen – bis hin zur Entgeltzulage „Ergebnisbeteiligung“ – wird deutlich, dass die „Leistung“, die tarifvertraglich als Bedingung der Bezahlung fixiert ist, die erfolgreiche Bereicherung des Unternehmens ist, die Lohnzahlung selbst also als *Kommandomittel* dafür fungiert.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-16

Die AfD

Auch Deutschland hat jetzt eine Partei, die antritt, um Staat und Volk zu retten

Für Presse und ‚etablierte‘ Parteien ist die AfD ein irrationaler, unseriöser Verein rückständiger ‚Wutbürger‘, der mit seinen viel zu ‚einfachen‘ Antworten das Volk denen abspenstig macht, denen dessen Stimmen gehören. Die überaus differenzierte Antwort der demokratischen Kräfte besteht im erbitterten Bemühen, die AfD als Partei aus dem Umkreis anständiger nationaler Machtanwärter auszugrenzen und gleichzeitig für die nationalistischen Beschwerden ihrer Anhänger ein mehr oder weniger weit reichendes Verständnis zu zeigen. Spiegelbildlich dazu stellt sich die AfD gegen die gesamte politische Klasse als alternative Führung auf, die Deutschland braucht, weil die „Altparteien“ insgesamt ein nationales Unglück sind: Mehr oder minder systematisch sind sie dabei, Staatsgewalt und Volk zu ruinieren...

Der GegenStandpunkt analysiert das alternative Programm eines unzufriedenen Nationalismus – und wie er zu dieser Republik gehört.

Im Jahr 9 nach Amerikas „Hypothekenkrise“

Weltkapitalismus im Krisenmodus

Der GegenStandpunkt analysiert in fünf Kapiteln die Fortschritte und Widersprüche der globalen Krisenkonkurrenz, also die ökonomischen und politischen Gegensätze der Staaten, die mit Macht um ihren nationalen kapitalistischen Erfolg ringen:

- Wie die Staaten mit ihren Zentralbanken den Zusammenbruch des finanzkapitalistischen Geschäfts verhindern – um den Preis, dass die Krise des Geldkapitals zum Dauerzustand wird;
- wie sie mit ihrer Krisenpolitik einen Kapitalismus ohne Kapitalwachstum stiften und fördern;
- wie ihre Konkurrenz ums Geld der Welt zum erbitterten Kampf um die Monopolisierung des Nutzens aus dem Weltgeschäft gerät;
- so dass die Führungsmächte ihre Abhängigkeit von den in Anspruch genommenen Konkurrenten nicht mehr gut aushalten;
- und alle und schon gleich die potenten Kapitalnationen entdecken und daran leiden, dass es ihnen an Macht über ihre Verhältnisse, also über die anderen, fehlt.

Der „Brexit“

Klarstellungen zur Aufkündigung der britischen EU-Mitgliedschaft durch Staat und Volk

Die deutsche Öffentlichkeit versteht ‚die Briten‘ nicht mehr: Wie kann man in einer für die Nation im Besonderen und für Europa im Allgemeinen so grundsätzlichen Frage der Staatsräson das Volk befragen! Die Häme über britisches Chaotum weicht allerdings schnell der Sorge, wie man in den anstehenden „langwierigen Verhandlungen“ mit der zum Brexit entschlossenen britischen Regierung möglichst schnell die „Unsicherheit“ beenden und den Schaden begrenzen kann.

Worin der besteht, woran Großbritanniens Politiker sich national zerstreiten, worüber das Volk eigentlich abgestimmt hat – und warum Großbritannien und Europa nicht mehr zusammen-, aber auch nicht friedlich-schiedlich auseinandergehen, – das alles ist im Artikel zu lesen.

weitere Themen:

Panama-Papers

Sensationelle Erkenntnisse der Forschungsgemeinschaft von NDR, WDR, SZ und auswärtigen Kollegen

Gedenken an Armenien, Verdun, Hiroshima, Russlandfeldzug – das Abschlachten ausschachten
Skandalmeldungen aus der Welt der Bauern:

Antworten aus der Gegenwart auf die Frage nach der „Landwirtschaft der Zukunft“

Reform des Sexualstrafrechts – Nein heißt Nein!
Schärfere Strafen und rechtsstaatliche Ausländerfeindlichkeit im Dienst der weiblichen Würde

Der Staat reagiert auf Würzburg, München, Ansbach:
„Amok“ oder „Terror“? Militante Klarstellungen zu einem gewaltigen Unterschied

Eine Woche ARD-Börsennachrichten:
Der abendliche „Blick in die Welt des Geldes“ mit Anja Kohl und Co.

Ist China eine Marktwirtschaft?
Erdogan vs. Özdemir

Scheidender Bundespräsident Gauck

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Einzelpreis 15 € 127 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2012 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

„Neue Arbeitswelten“

Wie es sich für die Einschwörung auf ein umfassendes Erneuerungsprogramm gehört, mahnen die zuständigen MinisterInnen, vor lauter Freude über die Möglichkeiten des digitalen Fortschritts die Wirkung auf die arbeitenden Menschen nicht zu vergessen – als wäre der Umgang mit diesem Kostenfaktor vergessen worden! –, und laden die sozial gesinnte Öffentlichkeit zum ergebnisoffenen, herrschaftsfreien Dialog über die rhetorische Frage ein: „Wie wollen wir arbeiten in der digitalen Welt?“ In diesem Diskurs werden die Verheißungen einer neuen Freiheit, die endlich „Zeitsouveränität“ für persönliche Lebensentwürfe wie Kinderaufzucht und Altenbetreuung und ähnliche „Potenziale für eine Humanisierung der Arbeitswelt“ verspreche – die klassische Festanstellung mit „Präsenzpflicht“ erscheint in diesem Vergleich einmal geradezu als Gängelung und Unfreiheit –, den damit einhergehenden Gefahren „ungesicherter Abhängigkeit durch digitale Selbständigkeit“, zunehmender örtlicher und zeitlicher „Entgrenzung von Arbeit und Privatleben“ usw. gegenübergestellt. Das gibt, beide „Seiten“ einmal so zusammengefügt wie

sie zusammengehören, dann doch sehr deutlich Auskunft darüber, was nach bestem Wissen und Gewissen der politischen Macher „die Digitalisierung“ für die arbeitende Menschheit vorgesehen hat: Der Zugewinn an Selbstbestimmung für die Lohnabhängigen ist eben die Form einer effektivierten Ausbeutung. Das liegt nicht am Internet, sondern am kapitalistischen Zweck, der darin sein Mittel hat. Smarte Unternehmer haben ein Beschäftigungsmodell aus dem vorletzten Jahrhundert für sich wiederentdeckt, das vielen isolierten Dienstkräften die ihnen entbehrliche Zeit zum Verdienen eines Zubrots zu nutzen erlaubt, ohne dass ihnen ihr Arbeitgeber dafür eigens kostspielig Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müsste. Die damalige Mühseligkeit, Arbeitsmaterialien von Dorf zu Dorf auszufahren und die Ergebnisse wieder einzusammeln, hat sich damit erledigt, dass das Internet die Welt zum ‚global village‘ gemacht hat, in dem jeder selbstverständlich permanent erreichbar ist, wo immer er sich befindet, und das mehr oder meist weniger komplizierte Arbeitsergebnis, um das es geht, in Datenkabeln transportierbar ist. Das Smartphone erlaubt, nicht nur den eigenen Computer, sondern auch das eigene Auto oder den Wohnraum dazu zu

nutzen, in den verfügbaren Poren der eigenen Lebenszeit die Dienstleistungen zu erledigen, mit denen Uber, Airbnb oder sonst ein Vermittler aus der „Plattform-Ökonomie“ sein Geschäft macht. Auch traditionelle Unternehmen haben die Möglichkeiten der digitalen Freiheit für sich entdeckt und nutzen die gesellschaftlichen Potenzen geteilter Arbeit, wo es geht, auch ohne dass die benutzte Mannschaft kollektiv am selben Ort präsent sein müsste. Mit der Erledigung von IT-Arbeiten im „Home Office“-Format sparen sich die Unternehmen nicht nur Bürogebäude, sondern erschließen sich das gesamte digitalisierte Weltproletariat als potenzielle freie „Mitarbeiter“, was ganz von selbst überkommene Lohnunter- und Leistungsobergrenzen relativiert. Als Arbeitszeitregelung begnügt man sich in der digitalen Welt zumeist mit einer eng gesetzten Deadline, mit der es in die Selbstverantwortung der Arbeitenden fällt, mit wie viel Arbeit zu welcher Tages- und Nachtzeit sie ihren Auftrag erledigen. Mancherorts geht die Freiheit der Auftragnehmer so weit, dass sie sogar den Preis für ihre Arbeit selbst festlegen dürfen, indem sie durch wechselseitiges Unterbieten ihren Tagelöhner-Arbeitsplatz auf einer Internetplattform erstein-

gern. Im Extremfall dürfen sich alle Bewerber in freier Konkurrenz an einem Arbeitsauftrag abarbeiten, und wer ihn zuerst zur vollständigen Zufriedenheit des Auftraggebers erledigt hat, gewinnt den Lohn dafür... So und anders halten sich moderne Geschäftemacher ihre Crowd von individualisierten Freelancern, die ihnen frei wie nie gegenüber-, nämlich immer zur Verfügung stehen, aber nur bezahlt werden, wenn sie für einen Auftrag aktiviert werden. Dann arbeiten sie am virtuellen Fließband ihr Element des Gesamtwerks ab, ohne voneinander auch nur zu wissen; eine kollektive Einheit bilden die vollkommen vereinzelt arbeitenden in keinerlei Hinsicht ‚an sich‘, sondern nur für ihren Arbeitgeber. Um die von allen Rück-sichten befreite Verfügung über ihre weltweiten Human Resources auftragsspezifisch optimal ausnutzen zu können, nehmen moderne Unternehmen differenzierte Bewertungen der Arbeitsleistungen, Zuverlässigkeit, Schnelligkeit usw. ihrer digitalen Scheinselbständigen vor, machen ihre Buchführung für diese transparent als Mittel für deren Leistungssteigerung – als Lohn winkt die erneute Inanspruchnahme bei der nächsten Auftragsvergabe – und gegen Bezahlung auch für andere Unternehmer, die sich

damit Umstände für die Auswahl einer preiswerten und geeigneten Mannschaft ersparen. Der Unternehmerteil versteht es eben, mit dem Zugewinn an Autonomie für die lohnabhängigen Anhängsel etwas Vorteilhaftes anzufangen: Für den Betrieb erweist sie sich als Produktivkraft.

Auf dieser Basis entwickeln große Unternehmen der „digitalen Wirtschaft“ für gewisse Bereiche das Interesse an der Haltung einer festen Kernbelegschaft. Die Funktionen der Koordination und Kontrolle, d.h. der Definition, Vergabe, Bewertung und des Zusammenführens der isolierten Unteraufträge, erfordern zum Teil gewisse Fertigkeiten, sind aber vor allem selbst die „Qualifikation“ für einen unbefristeten und überdurchschnittlich bezahlten Arbeitsplatz – und die Aussicht auf einen derart privilegierten Platz ist die wichtigste Lohnform für all die, die mit eng befristeten Zeitverträgen in dauerhafter Bewährungsprobe gehalten werden. Besonders in den Bereichen, wo die Innovationen projektiert werden (gerade in den Vorreiterkonzernen Google, Amazon, Intel usw.) und die Kenntnis um die Betriebsabläufe das Unternehmen nicht verlassen soll, bewährt sich die Beschäftigungsform der klassischen Belegschaft, um das Know-How in den besten Köpfen gleich mit einer Festanstellung „ans Unternehmen zu binden“, d.h. der Konkurrenz vorzuenthalten. Wo die Autonomie der digitalen Arbeiter nicht Mittel, sondern Hindernis ist, wird sie den Letzteren mit einem etwas zuverlässigeren, ggf. besser dotierten Einkommen so weit wie möglich abgekauft.

In einer Hinsicht, und zwar in der einzig wesentlichen, ist der pragmatische Unternehmerteil dem Zeitgeist also ein ganzes Stück voraus. Während die Öffentlichkeit mit ihrem sachfremden Schema „Pro und Contra alte und neue Arbeitswelten“ den ganzen Witz an der Sache verpasst und statt deren ökonomischen Zweck mit Vorliebe thematisiert, inwiefern es modernen Dienstkräften gelingt, im Unterschied zum langsam aussterbenden Mainstream der Angepassten ein selbstbestimmtes Leben zu führen – für dieses falsche Selbstbild ist ja wirklich nicht mehr erforderlich, als dass sie für selbstverständlich halten, woran sie sich anpassen und abarbeiten, ihr Selbst so definieren, dass ihre Weise des Gelderwerbs zum integralen Bestandteil ihrer Identität wird, und gnadenlos davon abstrahieren, was sie davon haben, wenn sie die „verwirklichen“ –, kombinieren die Unternehmer vorurteilslos das Beste der beiden angeblich so verschiedenen Welten. Längst fordern die Arbeitgeberverbände unter Berufung auf das Diskriminierungsverbot auch für die analogen Arbeitsplätze die Befreiung von formell noch bestehenden Pflichten der Rücksichtnahme auf ihre Arbeitnehmerschaft, die in der digitalen Arbeitswelt längst „unrealistisch“ geworden sind: Arbeitszeitregulierung, gesetzliche und sittliche Vorschriften bei der Lohngestaltung usw. gehören ins vergangene Jahrtausend; sogar die konstruktive Mitbestimmung von Betriebsräten wird als „Verzögerungspotenzial“ bemerkt. So stellen sie abschließend klar, dass alle Freiheiten der „modernen“ Arbeitswelten voll und ganz der klassischen Logik der Rentabilitätssteigerung folgen und das Schlagwort „Digitalisierung“ nur dafür steht, dass die gesteigerten Anforderungen an die Arbeiter und ihre schlechtere Bezahlung als unwidersprechlicher subjektloser Sachzwang verstanden werden sollen.

Die Logik wird ja auch längst ganz ohne digitale Technik verwirklicht.

Das Jobwunder

Auch im Bereich der Tätigkeiten, die nichts mit Computer und Internet zu tun haben, wird für Arbeitsplätze aller Art so reichlich gesorgt, dass die deutsche Wirtschaft insgesamt für ein „Jobwunder“ gelobt wird. Denn dass das ganze Volk fürs Kapital in Dienst genommen wird, also das Kapital es umfassend für seinen Erfolg benutzt, ist einfach in jeder Hinsicht wunderbar.

Schließlich können auch die Lohnabhängigen der Republik von „Jobs“ gar nicht genug kriegen; das Wachstum von Arbeitsplätzen in einem inzwischen ein knappes Viertel der Arbeitsverhältnisse umfassenden Niedriglohnsektor bietet und sorgt zugleich für die Nachfrage auch nach Zweit- und Drittjobs. Ein gutes Jahrzehnt entkrusteter Arbeitsmarkt hat schon im Bereich der

Produktion vielen weniger technisierten Bereichen wie dem ehrbaren Fleischerhandwerk, der Bau- und Landwirtschaft usw. dringend benötigte „Konkurrenzfähigkeit“ auf dem Wege der direkten Lohnsenkung verschafft, macht sich aber auch darüber hinaus segensreich bemerkbar. Im Bereich der Logistik lassen z.B. gleich mehrere Konkurrenten der Post ihre superbilligen Laufburschen nacheinander durch dieselben Treppehäuser hetzen – ein grandioses Dokument dafür, dass die famose „Effektivität“ der marktwirtschaftlichen Kostenrechnung die größte Verschwendung menschlicher Arbeits- und Lebenskraft bedeutet. Die ‚pickers‘ und ‚packers‘ im Versandhandel, mit denen die Jobs im Einzelhandel rationalisiert werden, können über Unterforderung auch nicht klagen; und schließlich „entsteht“ eine ganze Menge Arbeitsplätze in Bereichen, die zuvor für kapitalistischen Einsatz von Arbeit uninteressant waren und die jetzt allein deshalb dafür interessant werden, weil für die Sache, die an ihnen zu erledigen ist, so erbärmlich wenig gezahlt werden muss.

Dabei reicht die Strahlkraft des deutschen Jobwunders weit über die Landesgrenzen hinaus. Bedeutende Volksteile der Länder, in denen das deutsche Kapital erfolgreich die Gelegenheiten für den Lebensunterhalt der Menschen kaputt konkurriert hat, suchen und finden auch zu einem beachtlichen Teil ihre Lebensperspektive in der untersten Abteilung des deutschen Proletariats: als Bewerber um Beschäftigung in Deutschland. Die Errungenschaft der Freizügigkeit nicht nur für Güter und Dienstleistungen, sondern für „die Menschen“ in Europa bewährt sich als Mittel des deutschen Kapitals, die von ihren Reproduktionsbedingungen freigesetzten Bevölkerungen halb Süd- und Osteuropas als *seine* Reservarmee, deren Armut als seine Produktivkraft zu benutzen.

Indes profitieren nicht nur die Geschäftsmacher davon, dass ihnen ein Niedriglohnsektor für ihren Profit zur Verfügung steht: Das Wachstum des Gewerbes von Putzfrauen, Kleinkindbetreuern, Pflegekräften und sonstigen DomestikInnen, aber auch Pizza- und Einkaufslieferdiensten verdankt sich schließlich maßgeblich dem Bedarf auch all der Alleinerzieher-, Doppelverdiener- und sonstigen Haushalte, die es sich leisten können, die „Kommerzialisierung aller Lebensbereiche“ dafür zu benutzen, die Wiederherstellung der Bedingungen ihrer umfassenden Inanspruchnahme am Arbeitsplatz hinzukriegen. Pfliffige Start-Up-Unternehmer tragen ein wenig digitale Disruption auch in diesen Bereich, wenn sie mit Internet-Plattformen Handwerkern und Dienstleistern aller Art die wunderbare Gelegenheit eröffnen, sich mit ihren Angeboten der Allgemeinheit zu präsentieren und sich gegenseitig niederzunkonkurrieren, sodass die Dienstleistungen der einen Hälfte des Proletariats für die andere erschwinglich werden und sich dank der erhobenen Vermittlungsgebühren wenigstens für einen lohnen.

Ein Jahrzehnt staatlicher Krisenbewältigung

In deutlichem Kontrast zu den Erfolgsmeldungen über ein „Jobwunder“ und eine „gut aufgestellte Industrie“ fällt eine Branche durchgehend mit negativen Schlagzeilen auf: das Kreditgewerbe. Unvergessen ist, dass es vor einem knappen Jahrzehnt mit seiner Spekulation nach allgemeiner Auffassung in großwahnsinniger Selbstüberschätzung um ein Haar sämtliche ihm überantworteten gesellschaftlichen Vermögen und die ganze „Realwirtschaft“ „verzockt“ hätte. Alles, womit die Finanzwirtschaft seitdem von sich reden macht, bestätigt nur ihren Ruf als zwielichtiges, fürs Allgemeinwohl tendenziell bedrohliches Gewerbe: In jeden der zahllosen Skandale, die Medien und Justiz beschäftigen, sind irgendwie immer die wichtigsten deutschen Kreditinstitute mit verwickelt; und jedes Mal muss man erfahren, um wie viele Milliarden „der Steuerzahler“ von ihren undurchsichtigen bis kriminellen Machenschaften damit schon wieder betrogen worden ist. Und auch die Gefahr einer Wiederholung des GAUs, dass die Akteure auf den Finanzmärkten irgendein Ereignis zum Anlass nehmen, die Wirtschaft wieder in eine Katastrophe zu stürzen, ist noch immer nicht aus der Welt. Dennoch scheint kein Schaden, den das Kreditgewerbe anrichtet, in Dimension und Wirkung groß genug dafür zu sein, dass die Po-

litik ihm das Vertrauen entzieht – im Gegenteil. Dafür, dass *es selbst* angesichts all der Schäden, die es ins Werk setzt, auf keinen Fall „notleidend“ wird, wird in nie dagewesenen Dimensionen staatliches Geld und staatliche Unterstützung mobilisiert. Die Politiker wissen eben um die „Systemrelevanz“ des Gewerbes, kennen nämlich das von ihnen administrierte System so gut, dass sie wissen, dass die Spekulation der Financer auf künftige Rendite die „Lebensader“ ihrer Wirtschaft ist und kein Geschäft mehr geht, wenn die ihm den „Finanzhahn“ zudreihen, dass also die den realwirtschaftlichen Unternehmern überantwortete materielle Erhaltung der Gesellschaft für gar kein anderes Anliegen stattfindet als dafür, Renditeerwartungen aufgehen zu lassen. Deswegen waren und sind die staatlichen Rettungsaktionen für das Finanzgewerbe auch ein Dienst am „gemeinen Volk“, nämlich an dessen Arbeitsplätzen, weil es die ja auch nur gibt, wenn an ihnen für die Realisierung von Gewinnansprüchen gearbeitet wird, mit denen die Finanzwelt ihr Geschäft macht.

Weil die dafür aufgenommenen Staatsschulden nur die nach allen Kriterien des finanzkapitalistischen Sachverständs haltlosen Renditeansprüche erhalten und gar nicht der Erschließung neuer oder der Verbesserung vorhandener Geldquellen dienen, rächt sich das Finanzgewerbe umgehend an seinen Rettern, zieht die Tauglichkeit von Staatspapieren als erstklassige Geldverwertungsgarantie reihenweise in Zweifel und löst eine europaweite „Staatsschuldenkrise“ aus. Die deutsche Politik weiß sofort, dass es angesichts dessen kein „Weiter so!“ geben darf; nicht fürs Finanzgewerbe, sondern für das Regieren ihrer Partner in Europa: Sie bringt ihre ganze Erpressungsmacht zum Einsatz, um ein erbarmungsloses Austeritätsregime über den gesamten Kontinent auf die Agenda zu setzen, und ringt ihren geschätzten europäischen Partnern ab, ihre Haushaltsführung um alle Posten zu bereinigen, die bloß unproduktivem Krempel wie der Erhaltung der Lebensgrundlagen ihrer Völker dienen; wie man jetzt sieht, haben die bislang weit über „ihre“ Verhältnisse gelebt, nämlich über die, die sich finanzkapitalistisch lohnen.

Darunter leiden viele, aber nicht der deutsche Staat. Der erhebt sich vielmehr als strahlender Sieger über das ganze Zerstörungswerk. *Sein* ausgeglichener Haushalt ist nicht Resultat des Zusammenstreichens elementarer Staatstätigkeiten auf ein dem ausbleibenden Wachstum entsprechendes Niveau; ihm spielt vielmehr der Erfolg seiner Wirtschaft beim Niederkonkurrieren der restlichen Welt derzeit mehr Geld ein, als er zum Regieren braucht. Diese solide ökonomische Basis sowie die politische Durchsetzung seiner europapolitischen Tagesordnung, sämtliche unrentablen Gegenden und Insassen in der Peripherie des Kontinents abzuschreiben, um die finanzkapitalistische Spekulation zu sanieren, erreichen ihr Ziel, die Finanzmärkte zu beeindrucken. So sehr, dass *seine* Schulden ein AAA im Ranking der weltbesten Geldanlagen genießen und angesichts weltweiter Wachstumseinbrüche derart heiß begehrt sind, dass er – während deutsche Politiker wohlfeil die EZB beschimpfen, mit ihrer Überflutung der Märkte mit billigem Geld für Niedrigzinszeiten zu sorgen, in denen sich das Sparen nicht mehr lohnt – statt Zinsen zu zahlen sogar noch Geld dafür kassiert, dass *ihm* fremdes Geld geliehen wird.

Und die deutsche Politik verspricht auch gleich, ihr erfolgreiches Zerstörungswerk in neuen Dimensionen fortzusetzen. Von der digitalen Revolution im Maschinenbau zwecks Entwertung undeutscher Produktionsmittel für mehr deutsches Geschäft weltweit war bereits die Rede; aber darin erschöpft sich die Bemühung nimmermüder deutscher Politiker um die Monopolisierung zukünftiger Geschäftssphären keineswegs. Die verstehen sich darauf, die von Katastrophen und Krisen heimgesuchte Welt als eine Ansammlung von Geschäftschancen zu sehen, aus denen es – nur zu ihrem Besten – etwas zu machen gilt:

- Die deutsche „Klimakanzlerin“ weist jahrelang nachdrücklich auf den bevorstehenden Weltuntergang durch Erderwärmung mit schmelzenden Polkappen, steigenden Meeresspiegeln, Verstappungen etc. pp. hin, wenn sich die Welt nicht umgehend zum Abnehmer deutscher Stromerzeugungstechnik macht. Mit der Kern-

schmelze in einem Atomkraftwerk am anderen Ende der Welt sieht sie auch die Zukunftschancen eines langjährigen deutschen Technologieexportschlagers dahinschmelzen und nimmt – die damalige Perspektive eines weltweit vielversprechend steigenden Ölpreises wirkt bei dieser Entscheidung als Katalysator – die dortige Explosion als Startschuss für eine Umstellung der Energiepolitik im eigenen Land. Den traditionellen Giganten in der Energiewirtschaft werden Geschäftseinbrüche und ein festgelegter Abnahmepreis für Solar- und Windstrom von dezentralen Kleinstzulieferern aufgebürdet; die Finanzierung des Letzteren wird „haushaltsneutral“ und unter Vermeidung von Nachteilen für die energieintensive Wirtschaft zum großen Teil den nichtkommerziellen Endverbrauchern übertragen, damit die auch was für den Umweltschutz tun, der ja bekanntlich zur Ökonomie nicht im Widerspruch steht. So kann der Kredit ein ordentliches Geschäft mit dem Klimaschutz und die Entwicklung vielversprechender alternativer Exportschlager in Gang bringen, die perspektivisch der herkömmlichen Energiewirtschaft der Welt ihren Markt zerstören und ihn gewinnbringend für sich übernehmen sollen.

- Im langjährigen Klimasünderland USA wird eine technologische Meisterleistung aus Deutschland entdeckt, die es ermöglicht, Autos zu verkaufen, die das Klima stärker verpesten, als die dortige Polizei erlaubt. Das gilt als ein Rückschlag, nicht fürs Klima, sondern für den guten Ruf des Technologiestandorts Deutschland – *diese* Katastrophe kann nicht unbeantwortet bleiben. In der Branche, an der hierzulande „jeder siebte Arbeitsplatz hängt“, wird der verlustreiche Abschied von der „Sackgasen-Technologie“ eingeleitet, in die das Kapital deutscher Technologieführer investiert ist. So entnimmt die Politik dem Skandal den Auftrag, auch im Umweltschutz-Vorreiterland mal darauf zu achten, ob die Herstellerangaben zu den Emissionswerten etwas mit der Wahrheit zu tun haben, um mit dem negativen Ergebnis den Trickserverdacht auf alle VW-Konkurrenten und die ganze klassische Antriebstechnik auszuweiten und den gesamten Skandal in das Programm zu übersetzen, nun auf dem Felde der Elektromobilität die Technologieführerschaft zu erringen und auf diesem Zukunftsmarkt perspektivisch deutsche Besitzstände zu erobern.

- Für all die kostspieligen Weltrevolutionen, Disruptionen und nationalen Aufbrüche setzt das Land eine Finanzmacht ein, wie sie höchstens eine Handvoll anderer Staaten weltweit haben und in Anschlag bringen können. Die „Finanzmärkte“, die andere Länder vor den Staatsbankrott stellen, bewähren sich als Motor für die deutschen Offensiven an den Weltmärkten.

- Diese Art problemlösungsorientiertes Denken beherrscht nicht nur den wirtschaftspolitischen Sachverstand, sondern den ganzen Geist der Republik; der kann die Gleichung von deutschem Geschäft und Menschheitsbeglückung sogar umgekehrt buchstabieren. Wenn anlässlich eines nicht enden wollenden Krieges im Morgenland Millionen versuchen, Richtung Europa zu fliehen, werden sie nicht nur von Mutti Merkel als Gelegenheit für europapolitische Vorstöße genutzt, die Kompetenzen über die Außen- und Innengrenzen Europas im Sinne der deutschen Führungsmacht neu zu regeln. Die ungefragt Dahergelaufenen werden – wenn sie schon mal da sind – mit einem freundlichen Gesicht „integriert“, nämlich als Sonderangebot in den deutschen Kapitalismus, wo sie sich erkenntlich zeigen können für die Barmherzigkeit, dass Deutschland an ihnen seine weltpolitische Verantwortung demonstriert.

„Wir schaffen das!“: Sowohl vom weltoffenen deutschen Wesen wie von seiner Technologieführerschaft, Geldmacht und Staatsgewalt wird die davon heimgesuchte Welt wohl noch einiges an Genesung zu erwarten haben. ◀

*

Ein weiteres Kapitel aus der Reihe „Merkels Land“:

„Lebensstandard und sozialstaatliche Fürsorge im reichsten Land Europas“

Nachzulesen im
GegenStandpunkt 3-16

